

Halle'sche Zeitung



1921 Nr. 351

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 214

Bezugspreis: für halbes und einjährige Bezüge monatlich Mk. 7,50, vierteljährlich Mk. 22,50 net Cass. Durch die Post bezogen jährlich postal. Belegheig.

Abend-Ausgabe
Mittwoch, 3. August

Anzeigenpreis: Die Spz. 36 mm breite mm-Standard 60 A. Die Spz. 90 mm breite mm-Standard 200 A. Zehntel nach Carr. Verdingungsart Halle-Saal.
Geschäftsstelle: Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6200
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag v. Druck von Otto Ullrich, Halle-Saal

Die Ernte in Gefahr!

Kommunistische Anschläge gegen die Ernte

Die Hungersnot in Rußland wirkt auf gewisse Kreise in Deutschland nicht abfähernd, denn es mehren sich die Anzeichen, daß von kommunistischer Seite nach dem mitlungenen Versuch in Sachsen Anhaltungen gemacht werden, die Ernte auch in Norddeutschland zu schädigen, um im Winter Hungererhebungen anzuketteln. Das Reichswehrministerium und das Reichsernährungsministerium werden die Pflicht haben, allen solchen Versuchen, namentlich angeht es der durchaus nicht guten Ernte dieses Jahres, rechtzeitig entgegenzutreten.

Minister Hermes über die Ernährungsfrage

In einer Besprechung mit Vertretern der Industrie, des Handels, der Handelskammer, der Handwerkskammer, der Arbeiterkammer und der Konsumvereine machte Reichsernährungsminister Hermes programmatische Ausführungen über die Lage der Lebensmittellieferung. Der Minister erklärte, bezüglich der eingeleiteten Maßnahmen zur allmählichen Wiedereinführung der freien Wirtschaft müsse man die großen Momente im Auge behalten, die dafür sprechen,

die Zwangswirtschaft endlich einmal wieder abzubauen. Er erwarte dann, daß man ergründig noch kein Urteil über den Ausfall der Kartoffelernte abgeben könne. Von ihr werde es abhängen, ob sich eine Möglichkeit ergibt, die hohen Kartoffelpreise zu vermindern. Der Minister bezeichnete im weiteren Verlauf seiner Ausführungen die befriedigende Tatsache, daß unser Bestand an Milchfähen hinreichend sei. Es fehle nur noch das notwendige Strohfutter zur Hebung der Milchproduktion. Durch die schleunige Hebung der Milchwirtschaft hoffe man auf eine billigere Lieferung der Butter. Man werde aber nicht vergessen, den Städten gewisse Quantitäten billiger Milch für minderbemittelte Familien zur Verfügung zu stellen. An Stelle von Weizen, die namentlich in Deutschland im hinreichenden Maß vorhanden sind, werde Nordamerika jetzt Futtermittel nach Deutschland ausführen. Es sei festzuhalten, daß angeblich 20000 Tonnen Stroh mehr als im Jahre 1918 dem deutschen Agrarboden zugeführt wurden. An Stelle von fertigen landwirtschaftlichen Produkten wie z. B. Mehl usw. führe man in Deutschland jetzt nur noch Rohstoffe für die Landwirtschaft ein. Zum Schluß betonte der Minister, daß die Reichsregierung nichts unversucht lassen werde, die Aufhebung der „Sanktionen“ zu erreichen.

Zum Aufstieg der christlich-nationalen Arbeiterbewegung

Von E. Gerwig, M. D. R.

Die Lebensnotwendigkeit des unier Volk, die Geschlechter und Stände zerflüchtend und armirunden maritistischen und kommunistischen Geistes ist die Lebensfrage des deutschen Volkes geworden. Das es soweit mit uns gekommen ist, daß wir vor dem völligen Nichts und vor einem Schrecken ohne Ende stehen, das ist auf den Mangel an Willen zur sozialen Verständigung zurückzuführen. Das es an ihr fehlt, daß es an der Einheit ihrer Notwendigkeit gefehlt hat, das ist unter Verberd getreten und wird es in Zukunft sein, wenn hier nichts geändert wird. Das ist die große Aufgabe, an der die vergangenen Generationen nichts vorübergegangen sind: den zum selbständigen Leben erwachenden Arbeiterstand anzulernen im Volksgange und zu verteidigen, daß er einer selbsttätigen Klassenbewegung zum Opfer falle, die über die Grenzen einer geordneten Standesbewegung hinaus die alleinige Herrschaft und alleinige Geltung des Proletariats im Volksleben an sich reiht. Diese Eingliederung aber ist eine Lebensnotwendigkeit für den Bestand und Wiederaufbau unseres Volkes. Es war ein verhängnisvoller Irrtum, daß die evangelische Christenheit, durch eine allzu große wirtschaftliche und nationale Entwicklung geblendet, durch Mittel der Staatsgewalt glaubte, mit der Sozialdemokratie fertig werden zu können, was eben irria war als der Weg des Entgegenkommens, der Konzeptionen an ihre politischen Verantwortlichkeiten, wie er im Kriege beschränkt wurde, während sie in Wahrheit nur durch die geistige Macht einer christlich-nationalen Sozialpolitik, getragen von einer dementsprechend bestimmten Arbeiterbewegung, überwinden werden konnte — und noch kann! Die Arbeiterbewegung mit dem Marxismus, die immer glühender auf unsere Seele brennt, sie kann nur von einer Arbeiterbewegung erlösen, die das klare Bekenntnis zur Volkseinkunft aufweist in ihrer Grundeinstellung: christlich, national, sozial. Und diese Arbeiterbewegung ist — die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Was unterscheidet sie von der marxistisch orientierten? Die christlich-nationale Arbeiterbewegung sieht das gesellschaftliche Werden nicht in der kampflosen Gegenüberstellung, sondern in der Lebensbindung aufeinander und beiderseitigen Gegenseite durch soziale Verständigung auf der Grundlage des Evangeliums; sie weiß den gewaltigen Faktor der religiös-ethischen Lebenskräfte ganz anders in Rechnung zu stellen, als die marxistisch verblendete Sozialdemokratie. Sie sieht ihre Aufgabe nicht darin, ihre Kräfte zu verzerren in ausichtslosen Unternehmungen der Klassenverfechtung, sondern praktische Erfolge zu erzielen in mühevoller Kleinarbeit für die Hebung der wirtschaftlichen, sozialen und sittlichen Lage der Arbeiterschaft, für die Besserung ihrer materiellen Verhältnisse wie für die Erreichung und Sicherung ihrer Eingliederung als gleichberechtigtes Glied ins ganze des Volkslebens, wie es in Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Kirche zum Ausdruck kommt. Weil dem aber so ist, weil sie mit vollen Bewußtsein ihre Klassenbewegung, sondern Standesbewegung ist, weil sie den Kampf gegen die zerlegende Macht des Marxismus den Kampf für die lebendige Volkseinkunft sieht zur Lebensaufgabe hat, bedauern selbst die Sozialdemokraten die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Sie zu fördern, ihr die Waffen zu liefern für den entscheidenden Kampf, der nicht vor der Zeit steht, das muß jetzt die wichtigste Aufgabe für jeden Christenmenschen und treuen Vaterlandsfreund sein.

Wie stand es nun bisher damit? Das Kernstück der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, die christlichen Gewerkschaften, hat seinen Fuß gefast in erster Linie wesentlich in den katholischen Landesteilen. Warum mußte es so sein? Weil die katholische Kirche in ihrer sozialpolitischen Einstellung weitgehendes Verständnis zeigte, weil die an Zahl in Deutschland schwächeren, an kirchenpolitischen Willen kräftigeren katholischen Christenheit mit Freunden die Mittel bereitstellte, die es ermöglichte, durch Errichtung zahlreicher Werke- und Arbeitervereine der christlich-nationalen Arbeiterbewegung den Boden zu ebnen. Wo bleiben die evangelischen Arbeiterführer und Arbeiter? Nur wenige wurden unter Führung sozial denkender Geistlicher von den evangelischen Arbeitervereinen erfasst. Millionen gingen zur Sozialdemokratie, Hunderttausende nicht aus Mangel an innerer sittlicher Überzeugungskraft, sondern weil sie keine evangelischen Organisationen und Führer da waren, um die sie sich hätten stützen können; weil die evangelische Kirche, gebunden an bettelnde soziale und politische Mächte, den Blick verloren hatte für die Notwendigkeiten, die gerade jene Mächte, soweit sie in ihrer Erthens geund und berechtigt waren, zu klären imlande waren; weil sie, wenn sie diese Notwendigkeiten erkannte, nicht den Mut fand, fräftig und rücksichtslos für sie einzutreten; endlich weil die evangelische Christenheit fast in jenen irrtümlichen Bindung über die Mittel für den Kampf gegen die Sozialdemokratie verliert war. So kam es, daß an keine Arbeitermassen die christlich-nationale Bewegung überhaupt nicht heranfam.

Eine Rede des Reichskanzlers

v. Hertzen, 3. August.

In einer von etwa fünfzehnhundert Personen besetzten öffentlichen Versammlung, die von der Handelskammer Bremen einberufen war, sprach gestern der Reichskanzler Dr. Hertzen über die wirtschaftliche und politische Lage. In kurzen Begründungsworten brachte zuvor der Handelskammer-Vizepräsident Rebeckha die Freude zum Ausdruck, dem löblichen Ankommen und höchsten Wohlwollen des Reiches in Bremen zu sein, der durch sein Erscheinen das Interesse für die alte Hanse, jodt am Bestehen und damit die kommerzielle Beteiligung Deutschlands behande. Die Stunde sei überaus ernst. Viele der Gegner veräußern, das deutsche Seewesen, durch Arbeit und Willensleistung wieder emporgaroben, neuerlich zu bereiten. Bremer Bürgergeist sei bereit, sich um die Reichsregierung zu setzen und mit ihr in die Welt hinauszuwirken: Das deutsche Volk sei kein geringes Recht, nicht mehr!

Klausur ergreift der Reichskanzler das Wort und jagt:

Ich will keine Rede der Resignation, sondern der Ermunterung halten. Die Lösung heißt: Durch Arbeit zur Freiheit! Es handelt sich nicht um vergangene Zustände der Macht, sondern um die Lebenszeugung, daß der Stern der Weltgeschichte ein moralischer ist. Bremen muß der Ausgangspunkt auch für die Gesundung des Weltkandels sein. Dieses Wiederanzuschließen ist nur möglich unter dem Gedanken des Rechts, nicht unter dem Gedanken der Macht. Rechten der Wohlfahrt führt, zeigt das traurige Schicksal der Oberpfälzer. Jede Stimme des Rechts begründen wir mit Dorn, als sie von jenseits des Ozeans oder von jenseits des Kanals zu uns herüberkommen. Mit Dornbüscheln können wir, daß auch dem Würde fremder Staatsmänner, der Gedanke von Größe und Wohlstand der Völker wieder einmal öffentlich zum Ausdruck kommt. Es wäre eine Schandtat, das gepriesen demokratischen Jochs der Welt, wenn nicht das Recht, sondern die Diktatur Dorfschafts in Oberpfälzen zur Geltung käme. Die Welt würde moralischer Natur rufen mit eherner Stimme in die Welt hinaus: Achtet den Gedanken der Selbstbestimmung der Völker, der Demokratie und der Freiheit, wenn ihr das unglückliche Europa nicht endgültig dem Untergang weihen wollt. Sieben Jahre sind dahingegangen, seit der unglücklichen Stunde jenes ersten Weltkriegs. Soll das neue Weltkand neue Bestimmung über Europa bringen? Europa kann nicht noch einmal durch neuen Weltkrieg hindurchgeführt werden. Lebensfragen liegen über dem Kontinent, der der Kräfte des Rechts und der Freiheit für die ganze Welt sein muß. Jeder regiert in Anarchia politische Selbstbestimmung und grenzenloser Freiheit, der Welt nicht zur Ruhe kommen lassen will. Bremen war einer der Orte, von denen die deutsche Kultur und deutsche Arbeit in die Hände des Ostens getragen wurden. Deutsche Kultur, deutsche Zivilisation und deutsche soziale Wohlfahrtsbedingungen stehen in Oberpfälzen an dem Ende. Oberpfälzen hat unter der deutschen demokratischen Freiheit andere Tage gehabt als unter der Herrschaft der politischen Nationalitäten. Jedem Arbeiterkammer und Kaufmannskammer müssen zusammenstehen mit der Reichsregierung in der Bekämpfung der großen und einheitlichen Mächten der Weltwirtschaft, die geteilt sind von dem Gedanken der Erfüllung unserer Verpflichtungen gegen das Ausland, geteilt von dem großen Gedanken der Arbeit, des Rechts und der sozialen Wohlfahrt. Das Vertrauen Deutschlands, daß mit ihm kein falsches Spiel

getrieben wird, das Vertrauen in die europäische Solidarität, das gemeinsame Interesse aller Völker an der Freiheit und Demokratie darf nicht enttäuscht werden!

Englische Warnung an Frankreich

Wie wir aus Berliner englischen diplomatischen Kreisen hören, wird England auf der Tagung des Obersten Rates an Frankreich ernste Warnungen ergehen lassen, die Lage in Europa nicht zu komplizieren mit Wüchsig auf die Stimmung in Deutschland und dem Balkan. England will sich betrefis der oberpfälzischen Frage für eine sofortige endgültige Lösung einsetzen und das oberpfälzische Problem bis zum Herbst erledigt wissen, damit diese Weltkreise der Ententepolitik entgegen wird. Nach der Zuteilung Oberpfälzens an Deutschland und Polen sollen diese beiden Staaten sofort die Verwaltung dieser Gebiete übernehmen, einer Internationalisierung des Industriegebietes wird England nicht zustimmen. England bedachtet mit Sorge die Ereignisse auf dem Balkan, wo sich anheimelnd neue Bewegungen zwischen Bulgarien und Griechenland vorbereiten und der Volkswirtschaft, namentlich in der Türkei, ständig an Boden gewinnt. Englands Politik geht dahin, in Deutschland keine Pläne zuzulassen, die eine Nachpolitik heraufbeschwören und will endlich endgültige und stabile Zustände in Deutschland schaffen und aus diesem Grunde auch die oberpfälzische Frage beschleunigen und für Aufhebung der Sanktionen am Rhein eintreten, die jetzt nicht mehr haltbar sind, solange Deutschland seine Verpflichtungen ehrlich erfüllt. Die Lage auf dem Balkan zwingt die Entente, sich nicht zu gesplitteln und sich nicht mehr in Europa zu engagieren, als notwendig ist. Will Frankreich den englischen Ratsschlüssen nicht folgen, so kommt es in Gefahr, eigene Politik treiben zu müssen, ohne von England unterstützt zu werden. Die neue Konferenz, die sich mit der Lage in ganz Europa, auch in Anhalt, beschäftigen muß, denn ein erneutes Vorgehen in Anhalt gegen Polen ist nicht von der Hand zu weisen, wird folgenreichere Unstimmigkeiten müssen, die unter Umständen gegen Frankreich sich richten.

Das französisch-deutsche Abkommen

h. Paris, 2. August.

Der „Reichs Anzeiger“ teilt mit, daß das französisch-deutsche Wiedervereinigungsabkommen nachfolgendermaßen lautet nach der Konferenz des Obersten Rates unterzeichnet werden wird. Herr Klotzner, der französische Sonderbeauftragte, habe schon vor einigen Tagen den genauen Wortlaut nach Berlin überbracht. Bei den Verhandlungen mit den deutschen Sonderbeauftragten habe sich ergeben, daß Deutschland nur einige geringfügige Abänderungen in Bezug auf Anerkennung des Textes habe. „Es scheint aber“, schreibt das Blatt, „eine gewisse Gruppe in Deutschland zu existieren, die der endgültigen Annahme Schwierigkeiten machen wird, in der Hoffnung, eine Meinungsänderung über Oberpfälzen herbeizuführen zu können und dabei Vorteile bezuzugewinnen. Man spreche davon, daß Rathenau bereits eine Erklärung mit Dornau nach vor dem Zusammentritt des Obersten Rates angelegt habe.“ Der „Reichs Anzeiger“ meint, diese Intrigen werden keinen Erfolg haben.

Landwirtschaftliche Mittelungen

Nr. 32

Mittwoch, den 3. August

1921

Bauernbändlerische Steuerpolitik und der Kleingrundbesitz

Den kleinen Besitzern und Pächtern auf dem Lande wird von den wichtigsten des deutschen Bauernbündes vorgeschlagen, die Steuerpolitik zu ändern. Die Steuerpolitik soll sich nicht nur auf die großen Grundbesitzer, sondern auch auf die kleinen Grundbesitzer und Pächter ausdehnen. Die Steuerpolitik soll sich nicht nur auf die großen Grundbesitzer, sondern auch auf die kleinen Grundbesitzer und Pächter ausdehnen.

Tätigkeit des Besitzers und als Eigenbesitzer aus dem Wirtschaftstreiben; zusammen also mindestens 92 000 Hektar. Der Steuerfuß für den kleinen Bauer beträgt in diesem Fall nur 10 Proz., also 1200 Hektar. Der Steuerfuß für den Großgrundbesitzer steigt jedoch von 10 auf 46 Proz., die von ihm zu entrichtende Steuer summe beträgt 20 000 Hektar.

Rechnet man diese Summe auf die Flächeninheit um, so hat der Kleinbauer vom Morgen 21 Hektar und 60 Hektar Steuern zu zahlen, der Großgrundbesitzer dagegen 20 Hektar.

Dabei sind die nach der Zahl der Familienangehörigen unterschieden. Diese werden meistens nach der Zahl der Familienangehörigen, also hier die Anzahl der Familienangehörigen ist größer ist, als beim Großgrundbesitzer.

Der Großgrundbesitzer hat also einen ganz bedeutend höheren Steuerbetrag von der Flächeninheit zu entrichten als der Kleingrundbesitzer.

Es ist daher wieder einmal ein Märchen, das sich nur die Dummsten annehmen lassen können, wenn es heißt, der kleine Landwirt müsse an Steuern mehr bezahlen als der größere Besitzer.

Über etwas Nichtiges ist an dieser von den Agitatoren des Deutschen Bauernbündes in die Welt geschickte Geschichte noch daran, das ist nämlich die Tatsache, daß das Reichsministerium und die Reichsfinanzkommission, sowie auch die Landesminister und die Gemeindeglieder für den kleinen Mann auf dem Lande eine sehr schwere Last sind.

Als diese Steuern geschaffen wurden, war man dem Reichs-Landbau noch, daß er sie nur deshalb befreite, weil von ihnen in der Hauptsache nur die größeren Besitzer betroffen würden; für die kleinen Besitzer, so hier es allgemein auf der demotografischen Seite, seien die Steuerfüße so niedrig, daß die sämtlichen Abgaben für den kleinen Landwirt nur eine Geringfügigkeit seien.

Wie leicht es denn jetzt kamt, wo die vom Reichs-Landbau bekämpften Steuern wirklich entrichtet werden müssen? Jetzt heißt es auch für den kleinen Landwirt eine Last und eine Gefährdung seines Fortbestandes, unter der er genau so zu leiden hat wie der größere Besitzer!

Als wird von den Agitatoren der Demokratie selbst behauptet, daß diese Steuern für den kleinen Landwirt unerträglich sind, daß also der Reichs-Landbau im Rechte war, als er sie befreite, und daß die Behauptung der ganzen Demokratie, diese Steuern seien für den kleinen Besitzer erträglich, weiter nichts als Schwindel gewesen ist.

Und nun kommt auch einmal, die deutschen Kleinbauern: Wer hat Euch denn diese Steuern verschafft? Dem dankt ihr diese Befreiung an Euren Gaben und Gut? Ema dem Landbau? — Oder nicht vielmehr seinen Gegnern? Wer hat an allen diesen Steuern ab und einen gelast? Waren das nicht jene Parteien und jene Kreise, denen gerade der Deutsche Bauernbund besonders nahesteht?

Also: der demotografische Politik allein dankt ihr diese Steuern; diese allein trägt die Schuld daran, daß ihr jetzt in diesem Maße Abgaben entrichten müßt; und das ist ja doch die Politik, auf die der Deutsche Bauernbund sich immer zuletzt zugute tut!

Der Ministerpräsident, Aufseher zur Leitung und Durchführung, Reichsminister, Eberhard und Schmeider, von A. Reichlich, Reichlich, Heise u. A. Jeder Beitrag 112 Seiten mit reichhaltigen Zeichnungen. 5 Mark. Das Buchlein ist unmittelbar aus der Praxis hervorgegangen. Darin liegt sein besonderes Wert. Auf alle wichtigeren Fragen der Kleinrenten wird der Leser zuverlässig, im leicht fasslicher Form gegebene Auskunft. Gute Zeichnungen sorgen für die nötige Anschaulichkeit. Das handliche Buchlein darf jedem empfohlen werden.

Kleingarten- und Baugrund, von E. Bruns, Preis 12 H. Zubehörsverlag Spät und Linde, Buchverlag für Rechts- und Steuerliteratur, Berlin G. 2. — Der durch seine Schriften über das Wohnungswesen und als Herausgeber der Monatschrift „Einigungsamt“ bekannte Verfasser hat in seinem Werk „Kleingarten- und Baugrund“ mit dem durch die Behandlung der Nachbargrundstücke gesicherten Rechte die Materie des landwirtschaftlichen und des kleingärtnerischen Baugrundes behandelt. Neben der Reichs- wird die Preussische Baugrundordnung in ihrer neuen Fassung vom 21. Januar d. J. kritisch dargestellt und kommentiert, und es wird den Bestimmungen dieser Novelle ein besonderes Augenmerk geschenkt. In der Bearbeitung des Kleingartenrechts führt mancher Gedanke wieder, den der Verfasser in seinem Referat auf dem diesjährigen ersten Reichs-Kleingartenkongress entwickelt hat. Allen, denen an einer kritischen Darstellung von einem juristisch und praktisch gebildeten Richter gelegen ist, wird das neue Werk von Nutzen sein. Denn, die mit den Einigungsämtern und Erbschaftsgerichten wegen Baugrundfragen zu tun haben, ist es ein wohl verdienter Anreiz — den Kernern selber eine Quelle wissenschaftlicher Informationen innerhalb der Baugrund- und Kleingartenämtern und Kleingartenfachbeiräte, für die Kleingartenämtern und die Dienstfachstellen. Auch die Preise der Rechtsanwalte und Rechtsauskunftgeber werden an dem Buche nicht vorbeigehen dürfen. Der bei der Vollständigkeit des Wertes besonders niedrige Preis von 12 H. wird jedem die Anschaffung ermöglichen.

Derjenige, welcher die Nach- bzw. Kopplung erstanden hat, gehörte ansehnlich zu denen, die nie zur rechten Zeit fertig werden. Brachten glückliche Nebenansätze einen Erfolg, dann hätte er sich hin und sonstwie diesen in den Beschäftigten aus. Wenn ein solcher aber ausbleibt, brach er noch nicht einmal mit dem Nachbar darüber. Wärfen wir hin und wieder unsere Lust auf Kopplung nehmen, dann ist es geboten, dafür Sorge zu tragen, daß wir durch zeitige Anwendung von Kali und Phosphordünger und wenigstens einen Teil des Stickstoffes im Herbst, über Winter und im zeitigen Frühjahr, wenn wir, das Feld noch nicht betreten können, das Wachstum des Strohgrasses fördern. Ist so für ein breites, kräftiges Fundament gesorgt, dann mag man durch Kopplung ein solches Gebäude darauf heraustrücken. Interzelle aber die Verfruchtung, besonders die an Kali und Phosphordünger, um dann wieder auf einer dümmlichen Grundlage ein fetter Boden heranzubilden und dieser liegt nach einem leichten Schlagsregen flach auf der Erde.

Die Wirtschaft geht aber trotzdem der größere Besitzer, und ganz besonders der Großgrundbesitzer, von der Flächeninheit im allgemeinen weitestgehend höhere Steuern als der kleine Bauer. Das kommt daher, daß der Großgrundbesitzer eine weit größere Einkommens- oder Vermögenssumme im ganzen zu zahlen muß als der kleine Bauer; und dann tritt eben beim Kleinrentenbesitzer die sehr scharfe Stellung des Steuerfußes über oben ein. Nach dem von dem Reichs-Landbau, der von der großen Steuer summe auf die Flächeninheit entfällt, aus, so für den Kleinrentenbesitzer eine bedeutend höhere Abgabe als den großen heraus als für den kleinen Landwirt.

Das hat für den Kreis Weßmarland in der Provinz Brandenburg für die Veranlagung nicht zu erfüllender Grundbesitzer der Reichsfinanzkommission errechneten Ertragsfuß beträgt der Ertragsteuergesetz für einen kleinen Wirtschaften von 25 Proz. mit folgenden Beispielen:

für Wirtschaften bis zu 18 Hektar 118 Hektar.

für Wirtschaften von 15—100 Hektar 80 Hektar.

Ein kleiner Bauer mit 60 Morgen Sand hat hiernach für den Wirtschaften einen Netzertrag von 8000 Hektar, zu versteuern, zu diesem kommt noch der mit 8000 Hektar angelegte Arbeiterlohn und Selbstverbrauch der Familie hinzu, also zusammen 20 000 Hektar. Ein Großgrundbesitzer mit 1000 Morgen, der Zuckerbäuer, hat nach Möglichkeit einen Netzertrag von 80 000 Hektar zu versteuern, dazu noch 80 000 Hektar, also zusammen 160 000 Hektar. Ein Kleinrentenbesitzer hat hiernach einen Netzertrag von 80 000 Hektar zu versteuern, dazu noch 12 000 Hektar, also zusammen 92 000 Hektar. (Nach der letzten

Berg- Wintergersten-Originalsaat
30 Str. Mehzertrag vom Morgen
als 1. Abfaat.
Die Saatzwirtschaft Friedrichswerth
Dtl. erhält am 24. Juli folgendes Schreiben
Gombi:
„Zur Herbstsaat 1920 kauften wir
von Ihnen Original Friedrichswerther Berg-
Wintergerste und 1. Abfaat (von anderer
Sorte bezogen).
Von der Originalsaat ernteten wir
auf 10 Morgen 23,60 Str., je
Morgen und von der 1. Abfaat auf
10 Morgen per Morgen 21,30 Str.
Wir teilen Ihnen dies mit, da wir
annehmen, daß Sie eine Freude über diesen
vorragenden Züchtungserfolg haben.“
Rittergut C. . . (Marf), den 22. 7. 21.

Josef Lichtenauer,
Viehexportgeschäft.
Verkaufen v. Schweinfurter. Unter-
stützt die art. Lieferung erstklass. Schweinfurter
Zugochsen
aus Schwaben u. Stiere
aus Bayern zu billigsten Preisen.

Reparaturen
an
landwirtschaftlichen Maschinen,
wie
Dreschmaschinen, Lokomobilen,
Traktoren, Kraftpflügen usw.
Das sachgemäß, pünktlich u. preiswert aus-
geführte Geschäft.
W. Fischer, Maschinen-Vertrieb A. S.
Ferystr. 10.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192108032-19/fragment/page=0007



BEKÄNNTMACHUNG!
Wep es unterläßt
sehen Boden
durch Kalf-Düngung
ertragfähiger zu mache
bespaßt sich selbst
denn
ohne Kalf
werden
Höchstsehrten
nicht erzielt!

**Ja Vater Möller das ist wirklich wahr,
Besieh dir unsre Ernf von diesem Jahr!**

Beschläge über Bodenbearbeitung und reiche Düngung
erhält kostenlos die Landwirtschaftliche Ankaufsstelle des
Deutschen Kalivandlwerks G. m. b. H. Leopoldshall-Staffort.

Brunnenbau und Tiefbohrungen.
Projektorung u. Ausführung, Neuanlagen, Verstopfung,
Reinigung und Reparatur von Brunnen aller Art,
Lieferung von Pumpen und allen Zubehören.
Tiefbohrungen bis 300 m Tiefe.
Spül-, Trocken- und Freisollbohrung nach
Wasser, Kohle, Ton, Kaolin usw.
Carl & Co., Halle a. S.
Ferystr. 200A, Gr. Brunnengasse 62, Gegr. 1878.
Technisches Büro für Wasserversorgung und Tiefbohrung.

Wir unterhalten in landwirtschaftlichen Maschinen und
Geräten ein grosses Lager und empfehlen:
Zentrifugen, Butterfässer, Untermotoren, Schreimühlen,
Krupp-Fahr-Gardenshinder, Getreidemäher, Grassmäher,
Schwedenrechen, Schlemphäutern, Dreschmaschinen,
Lokomobilen, Strohpressen, Kartoffelrührmaschinen,
Pflüge, Kultivatoren, Eggen, Hackmaschinen, Motorspüße,
Oele, Strohpressendrah, Bindegarne, Hart- u. Weichlöser,
Besondere Holker-Abteilung. — Belohnung
Preisverleihung für alle landwirtsch. Maschinen,
Reparaturwerkstatt. — Guts-Beitrag Jahress für Verbands
Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen
Central-Ankaufsstelle
für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte
Halle/Saale, Morsburgerstr. 37/10, Tel. 1921.
Zweigstellen: Erfurt, Wallgasse 11, Tel. 215; — Halber-
stadt, Hauptstr. 10, Tel. 102; — Neuhaldensleben, Hauptstr. 20,
Tel. 102; — Nordhausen, Hauptstr. 20, Tel. 174; — Sömmerda,
Hauptstr. 10, Tel. 102; — Torgau, Hauptstr. 10, Tel. 102; —
Weitz, Hauptstr. 10, Tel. 102; — Zerbst, Hauptstr. 10, Tel. 102.
Verkaufsstelle: Liebertwolkwitz (bei Leipzig), Hauptstr. 11, Tel. 44.

